

**Niederschrift über die  
Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit (10. Wahlzeit) des  
Landkreises Trier-Saarburg am 06.02.2018 im Besprechungsraum 318a der  
Kreisverwaltung in Trier (Öffentlicher Teil).**

Beginn: **17:00** Uhr

Ende: **18:30** Uhr

**Anwesenheit**

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Willi Auler

Herr Walter Bamberg

Herr Hartmut Heck

Herr Sascha Kohlmann

Herr Josef Kruft

Frau Dr. Kathrin Meß

Herr Lothar Rommelfanger

Frau Edith van Eijck

Frau Heide von Schütz

Frau Astrid-Juliane Zuche

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Anne Hennen

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Mihaela Petkova Milanova

Vorsitzende Beirat Migration

Verwaltung

Herr Joachim Christmann

Geschäftsbereichsleiter II

Herr Hans-Jürgen Haas

Sozialamt, Referent 81

Frau Angelika Mohr

Leitstelle Familie

Herr Detlef Schmitz

Abteilungsleiter 8

Herr Horst van Hees

Gesundheitsamt

Schriftführer

Herr Engelbert Klassen

Abteilung 8

Gäste

Herr Rainer Drautzburg

Jobcenter Trier-Saarburg

Herr Jens Jäckels

Jobcenter Trier-Saarburg

**nicht anwesend:**

Mitglieder

Frau Dagmar Serowy

entschuldigt

## **Zur Geschäftsordnung**

Herr Landrat Günther Schartz eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Mitarbeiter der Verwaltung.

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Änderungen der Tagesordnung werden nicht beantragt. Diese wird daher wie folgt abgewickelt:

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1. Hebammenzentrale für die Region Trier - aktueller Sachstand  
Vorlage: 0029/2018**
- 2. Sachstand Asyl  
Vorlage: 0018/2018**
- 3. Mitteilungen und Verschiedenes**

## Öffentlicher Teil

### 1. Hebammenzentrale für die Region Trier - aktueller Sachstand Vorlage: 0029/2018

#### **Protokoll:**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage und den Konzeptentwurf einer Hebammenzentrale in der Region Trier. Hierzu macht er einleitende Ausführungen.

Nunmehr bittet er Herrn Christmann um weitere Erläuterungen zu der geplanten Hebeammenzentrale und über den derzeitigen Sachstand.

Hierzu macht Herr Christmann nunmehr detaillierte Ausführungen. Das Projekt habe sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene großen Anklang gefunden.

Er verweist weiter auf den sog. „Runden Tisch“. Bei diesem ersten Treffen, bei dem auch die Beratungsstellen mit ins Boot genommen wurden, wurde ein Konzeptentwurf vorgelegt.

Unklar sei weiterhin die Finanzierung. Die kalkulierten Kosten belaufen sich auf bis zu 53.000,00 EUR jährlich. Der Kreistag Trier-Saarburg habe für das laufende Haushaltsjahr bereits 25.000,00 EUR als Anteil des Landkreises beschlossen. Die Stadt Trier beabsichtigt ebenfalls Mittel bereitzustellen, jedoch nicht in dieser Höhe. Es ist daher notwendig, weitere Finanzierungsmittel zu suchen. Mit den Krankenkassen wurden bereits Finanzierungsmöglichkeiten erörtert. Diese stehen jedoch auf dem Standpunkt, dass nur Präventionsprojekte gefördert würden und dass dies hier nicht gegeben sei.

Zurzeit finden weitere Gespräche bezüglich Fördermöglichkeiten, u.a. mit den Gesundheitsministerien, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene, statt. Ebenso werden Gespräche mit verschiedenen Stiftungen geführt.

Weiter wird geprüft, ob Fördermöglichkeiten im Rahmen des LEADER-Programms bestehen.

Wie der Vorsitzende hierzu bemerkt, müsse dann aber der Standort der Hebammenzentrale im Landkreis liegen.

Abschließend teilt Herr Christmann mit, dass nach Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit und Klärung der Finanzierung ein Beschluss des Kreisausschusses über die tatsächliche Umsetzung erfolgt.

Hiernach stellt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

## **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit stimmt dem Konzept „Hebammenzentrale für die Region Trier“ zu und beauftragt die Verwaltung bis zur Vorlage im Kreisausschuss die Finanzierung abschließend zu klären.

Einstimmig beschlossen

## **2. Sachstand Asyl; Vorlage: 0018/2018**

### **Protokoll:**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlagen und die beigelegten Anlagen und macht weitere Ausführungen. Insbesondere weist er darauf hin, dass alle durch den Landkreis gekauften Objekte wieder verkauft sind. Dies trifft auch auf den Dachdeckereinkauf in Kenn zu.

Herr Christmann teilt mit, dass inzwischen alle mobilen Wohneinheiten (Container) abgebaut sind. Der in der Stadt Schweich errichtete Holzbau sowie das in der Stadt Konz bereits seit Jahren genutzte Übergangswohnheim, der errichtete Holzbau (Konz I) sowie die mobilen Wohneinheiten am Standort Konz II sollen als Gemeinschaftsunterkünfte erhalten bleiben. Die Mietverträge für die Container in Konz bestehen weiter.

Im Bereich „Hotels“ führt Herr Christmann weiter aus, dass verschiedene Hotels bereits abgemietet sind. Andere Verträge laufen weiter, insbesondere deshalb, weil die Eigentümer nicht bereit seien, den Landkreis aus den Verträgen zu entlassen.

Herr Auler fragt, wie hoch derzeit die Belegung der Afa in Hermeskeil sei. Hierzu teilt Herr Schmitz mit, dass zurzeit ca. 550 Asylsuchende in der Afa wohnhaft sind.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich in der Afa zum Teil schwieriges Klientel befindet. Als Grund gibt er an, dass viele Insassen von einer Abschiebung bedroht seien.

Herr Krufft fragt, was mit dem Wohnhaus mit ehemaligem Geschäft in Schöndorf geschehe.

Dies sei inzwischen verkauft, erklärt der Vorsitzende.

Frau von Schütz fragt, welche Probleme konkret in der Afa bezüglich der Insassen bestehen.

Der Vorsitzende weist nochmals daraufhin, dass viele Insassen von einer Abschiebung bedroht sind oder eine Rückführung nach der Dublin III Ver-

ordnung vorgesehen ist. Nach dieser Verordnung werden die Asylsuchende in die Länder der Europäischen Union zurückgeführt, in denen erstmalig Asyl beantragt wurde.

Frau Dr. Meß fragt, warum eine Kündigung bestehender Mietverträge nicht möglich sei.

Hierzu erklärt der Vorsitzende, dass die Mietverträge in der Regel auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen wurden. Eine Kündigung ohne Einverständnis des Vermieters sei nicht möglich.

Frau Dr. Meß fragt weiter, ob die Container gekauft oder gemietet wurden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass diese teils gekauft, teils aber auch gemietet wurden.

Weiter geht der Vorsitzende auf die nicht ausreichende Finanzierung der Asylbewerberkosten ein. Speziell die vom Land zur Verfügung gestellten 35 Mio. EUR für die geduldeten Asylbewerber nach Erteilung des BAMF-Bescheides, haben sich als nicht ausreichend erwiesen. Diesbezüglich werden noch weitere Gespräche mit der zuständigen Ministerin, Frau Spiegel, geführt werden müssen.

Nach Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände wäre ein Betrag von 80 Mio. EUR notwendig, so der Vorsitzende.

Herr Christmann führt aus, dass das Projekt „Flucht und Asyl“ Ende September diesen Jahres ausläuft. Es gibt aber Überlegungen, die Betreuungen über diesen Termin hinaus zu ermöglichen. Es werden bis dahin Gespräche mit allen Beteiligten geführt. Noch vor der Sommerpause ist beabsichtigt, die weiteren Planungen den Gremien vorzulegen.

### **3. Mitteilungen und Verschiedenes**

#### **Protokoll:**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

(Landrat Günther Schartz)

Der Protokollführer:

(Engelbert Klassen)